



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer
Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 49; Oktober 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Haushaltsberatung für das Jahr 2007 die dominierte die Oktober-Plenartagung in Straßburg. Das Europäische Parlament (EP) nahm aber auch Stellung zu den Ergebnissen des informellen Gipfels von Lahti, zu Kultur-, Bildungs- und Jugendprogrammen, zum Thema Brustkrebs, zur Entsendung von Arbeitnehmern sowie zum Finanzierungs-instrument für die Umwelt, dem Programm LIFE+. Darüber hinaus begrüßten wir in einer feierlichen und sehr bewegenden Sitzung den ungarischen Staatspräsidenten László Sólyom, der anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der blutigen Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes am 23. Oktober 1956 durch die sowjetische Armee zu uns sprach.

Haushalt 2007

Das EP will den EU-Haushaltsentwurf des Ministerrates von 114 Milliarden Euro für das Jahr 2007 um etwa 7 Milliarden Euro aufstocken. Die zusätzlichen Mittel sollen für vorrangige Bereiche wie Forschung, Technologie und Innovation eingesetzt werden. Wir lehnten außerdem den für 2008 geplanten Abbau von etwa 200 Planstellen in den EU-Organen ab, den der Ministerrat gefordert hatte, denn tatsächlich sind die Institutionen nach der großen EU-Osterweiterung personell unterbesetzt, und

der Vorschlag des Rates zum Stellenabbau ist eher eine populistische Aktion! In den nächsten Wochen müssen also Ministerrat, Parlament und Kommission miteinander verhandeln und sich auf den endgültigen Haushaltsansatz für 2007 einigen. Die zweite und entscheidende Lesung des Etat-Entwurfes steht im Dezember an.

Jugend in Aktion 2007 - 2013

Einigkeit bestand zwischen EP und Ministerrat zum Programm "Jugend in Aktion". Mit diesem Programm soll die Zusammenarbeit im Jugendbereich in der EU ausgebaut werden. 885 Mio. EUR stehen von 2007 bis 2013 zur Verfügung.

Flussnympfen ...

Die Binnenschifffahrt wurde in den meisten Mitgliedstaaten, übrigens auch in der Bundesrepublik Deutschland, seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Ihr Anteil am gesamten Gütertransport in der EU beträgt derzeit nur noch 7%, obwohl die Kapazitäten wesentlich höher sind. Angesichts zunehmender Überlastungen des europäischen Verkehrssystems wollen wir nun endlich die Binnenschifffahrt stärken. So ließen sich andere Verkehrsträger, insbesondere die Straßen, entlasten, die Güterverkehrssicherheit verbessern, die

Energieeffizienz steigern und die Umwelt besser schützen.

Das EP beschloss daher ein integriertes europäisches Aktionsprogramm für die Binnenschifffahrt, „NAIADES“ (Navigation and Inland Waterway Action and Development in Europe). Zusätzlich sind die Mitgliedstaaten dringend aufgefordert, im eigenen Interesse nationale Maßnahmen zur Förderung der Binnenschifffahrt aufzulegen und vorhandene Hürden abzubauen.

LIFE+

In Zweiter Lesung beschloss das EP das "Finanzierungsinstrument für die Umwelt LIFE+". Dessen Ziel ist es, die Umsetzung, Aktualisierung und Weiterentwicklung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der EU zu fördern, u.a. durch die Finanzierung von Projekten mit einem "europäischen Mehrwert". Von 2007 bis 2013 stehen nun 1,911 Mrd. Euro zur Verfügung.

Schengen II

Das Schengener Abkommen wurde 1985 zwischen den Benelux-Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich abgeschlossen, um die Kontrollen an den gemeinsamen innereuropäischen Grenzen schrittweise abzubauen. Mittlerweile sind dem Übereinkommen viele weitere Länder beigetreten, darunter auch unsere Nachbarstaaten Norwegen und Island.

Das EP stimmte nun über drei Gesetzesvorlagen ab, die eine rechtliche Basis für den Ausbau und die Weiterentwicklung des seit 1995 genutzten Schengener Informationssystems schaffen. Dies ist die Voraussetzung für die Ausdehnung des Schengen-Raumes auf die neuen Mitgliedstaaten sowie auf die Schweiz. Mehrheitlich abgelehnt wurde allerdings das Vorhaben des Ministerrates, auch den nationalen Nachrichtendiensten Zugriff auf die Datenbank zu gewähren, um z.B. Informationen über gesuchte Personen oder Fahrzeuge zu

erhalten. Dies aber wäre insbesondere für Deutschland und Tschechien wichtig, da hier Polizei und Geheimdienste strikt getrennt sind, während die Nachrichtendienste der meisten anderen Mitgliedstaaten nur eine einfache Anfrage an die Grenzschutzbehörden stellen müssen, um Zugriff auf die Schengen-Datenbank zu erhalten. Nach dem Votum des EP kann sich die Erweiterung des Schengen-Raumes nun weiter hinausschieben, was bereits für erheblichen Unmut in der Slowakei, Polen und Ungarn gesorgt hat.

Perfluorooctansulfonate verboten

Zahlreiche Stoffe der Chlorchemie (z.B. DDT, PCB und FCKW) wurden bereits wegen ihrer schädlichen Wirkung vom Markt genommen. Perfluorooctansulfonate (PFOS) zählen zu einer relativ neuen Gruppe der perfluorierten Verbindungen. Sie werden bei der Herstellung zahlreicher Konsumgüter und bei vielen industriellen Anwendungen eingesetzt, um z.B. Textilien, Teppiche und Papier fett-, öl- und wasserabweisend zu machen. Da PFOS jedoch die menschliche Gesundheit gefährden (krebserregend, erbgutschädigend) und zum Treibhauseffekt beitragen, beschloss das EP eine Richtlinie zum Ausstieg aus Produktion und Verwendung dieses Stoffes.

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüße ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de